



PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 21.07.2025

OBM Jung boykottiert Stadtratsbeschluss Der Umgang der Stadt Leipzig mit dem Stadtratsbeschluss zum Umweltverträglichkeitsgutachten

Manchmal wirkt es fast wie ein Stück aus dem Tollhaus. Am 21. Januar 2025 hat der Leipziger Stadtrat mehrheitlich dem von Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Stadtratsbeschluss VIII-A-00426-NF-01 zugestimmt:

„Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Gutachten (Umweltverträglichkeitsgutachten) erstellen zu lassen, das die Auswirkungen des wachsenden Flugverkehrs (Kurze Südabkurvung) auf das FFH-Gebiet (Natura 2000 Gebiete: FFH Gebiet Leipziger Auensystem) untersucht.“

Klingt einfach? War es aber offenbar nicht. Statt Taten ernteten wir Schweigen. Erst nach monatelangem Drängen, zig E-Mails und einem mehr als ernüchternden Gespräch mit Umweltbürgermeister Heiko Rosenthal (Die Linke) wurde klar: Dieser Beschluss war offenbar nur Dekoration für das demokratische Schaufenster.

Die juristische Argumentation der Verwaltung? Man könne ein solches Gutachten nicht erstellen lassen, weil es gegen ein übergeordnetes Organ gerichtet sei – und das gehe nur, wenn die Stadt planungsrechtlich direkt eingeschränkt würde. Aha. Ein Umweltgutachten, das Erkenntnisse liefern soll, sei also gleichzusetzen mit einem kommunalen Aufstand gegen die Obrigkeit.

Der Gipfel der Absurdität: Ein allgemeines Gutachten – also eines, welches lediglich sachliche Informationen liefern und der Wissenschaft dienen könnte – wird ebenfalls abgelehnt. Begründung: freiwillige Leistung, kein Geld da. Die Demokratie, so scheint es, endet in Leipzig dort, wo sie anfängt, unbequem zu werden.

Besonders pikant: Die Stadt Leipzig hatte im Planfeststellungsverfahren selbst erhebliche umweltrechtliche und lärmmedizinische Bedenken angemeldet. Diese wurden von der Landesdirektion Sachsen ignoriert. Doch statt nun wenigstens per Gutachten ihre Position zu untermauern oder den Klägern von BUND und Bürgerinitiativen beizuspringen, zieht sich die Stadt auf die Zuschauertribüne zurück – natürlich mit dem Hinweis, man sei „nicht zuständig“. **Formvollendete politische Verantwortungslosigkeit.**

Wir fragen uns:

Was ist ein Stadtratsbeschluss noch wert, wenn ihn die Verwaltung nach Belieben ignoriert? Wie glaubwürdig ist ein ausgerufenen Klimanotstand, wenn selbst minimale Schutzmaßnahmen unterlassen werden?

Und wie soll Vertrauen in demokratische Prozesse entstehen, wenn selbst Beschlüsse des gewählten Stadtrats zu bloßer Symbolpolitik verkommen?

Die Bürgerinitiativen „Gegen die neue Flugroute“ ist eingebunden im Netzwerk gegen Fluglärm. Wir engagieren uns für weniger Lärm, ungestörte Nachtruhe, saubere Luft, gesunde Lebensbedingungen für unsere Kinder.



P R E S S E M I T T E I L U N G

Leipzig, den 21.07.2025

Wir fordern:

- Die sofortige Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 21.01.2025.
- Die Finanzierung des Gutachtens – notfalls aus dem Topf für „Demokratiestärkung“.
- Eine öffentliche Stellungnahme des Oberbürgermeisters, wie er zur offenen Missachtung von Ratsbeschlüssen steht.

Matthias Zimmermann

Pressesprecher

BI "Gegen die neue Flugroute"

i.A. Aktionsbündnis gegen den Ausbau des Frachtflughafens LEJ

Denn eines ist klar: **Wer Demokratie ernst meint, darf sie nicht zum Showprogramm verkommen lassen.**

Wenn Sie uns unterstützen wollen, wir hätten da ein Idee für Sie:

Veranstaltungen, Flyer, Plakate, Presse, ggf. Rechtsstreitigkeiten...

Wir tun unser Möglichstes, um den Ausbau zu verhindern. Unterstützen Sie uns bitte. Jeder Euro kommt an! Als nicht von staatlicher oder kommunaler Seite finanziell unterstützte Initiative, die Großes für die Region bewirken will, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen.

Empfänger: IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e.V.

Bank: Volksbank Delitzsch eG

IBAN: DE04 8609 5554 0176 7056 20

BIC: GENODEF1DZ1

Verw. Zweck: Frachtflugausbau verhindern

Gern stellen wir Ihnen auf Wunsch eine Spendenquittung aus.

Die Bürgerinitiativen „Gegen die neue Flugroute“ ist eingebunden im Netzwerk gegen Fluglärm. Wir engagieren uns für weniger Lärm, ungestörte Nachtruhe, saubere Luft, gesunde Lebensbedingungen für unsere Kinder.